



KRIEG UND FRIEDEN



© Andreas Dengs, www.photofreaks.ws / pixelio.de

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wohin wir auch sehen, überall blicken wir auf Krisengebiete. Es sind Krisen, die leicht zu Brandherden werden, in Kriege ausarten. Sogar der Deutsche Journalistenverband riet seinen Mitgliedern in einer Pressemitteilung Ende Mai (2014), bei der Berichterstattung betreffs der Ost-Ukraine, zu „äußerster Vorsicht“, was weniger den Inhalt der Texte betraf, sondern vielmehr auf die persönliche Sicherheit der Journalisten vor Ort abzielte. Die Lage ist also ernst. Aber wer will diesen Konflikt? Die Bewohnerinnen und Bewohner der Städte und Dörfer doch ganz sicher nicht. Was hätten sie denn auch davon, außer Not, Elend und unendliches Grauen. Es geht um Machtansprüche, um Ressourcen, die vermarktet werden wollen und viel Geld bringen, jedenfalls einigen wenigen.

Ausgetragen werden diese Kämpfe auf dem Rücken der Bevölkerung. Und auch Bremen ist mit Rüstungstransporten über die Häfen beteiligt. Was das heißt, versuchen wir in diesem Newsletter etwas zu beleuchten. Wie entstehen Kriege? Wie ist die aktuelle Situation und wie lebt ein Flüchtling hier bei uns? Das sind die Fragen, die uns in diesem Newsletter beschäftigen, auch wenn die Antworten darauf nie ganz befriedigend sein können.

Angesichts des Themas fällt es schwer, viel Spaß beim Lesen zu wünschen, aber über Rückmeldungen freuen wir uns.

INHALTSVERZEICHNIS**Krieg und Frieden**

- 2 Inhaltsverzeichnis, Impressum**
- 3 Kalter Krieg, neue Weltordnung – und was jetzt?**
- 5 Der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann**
- 7 Das Bremer Friedensforum**
- 9 Die Hälfte der Seele weint! Interview mit einem Flüchtling aus Syrien**
- 11 Eindeutig Friedenspartei - Standpunkte der LINKEN.**
- 12 Wohin steuert die Ukraine?**
- 14 Die Bremischen Häfen – Drehscheibe für Waffenexporte in alle Welt**
- 16 Aus dem Wahlkreis: Zur Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft**
- 17 LINKE in Bremen schlägt Ludwig Quidde als Ehrenbürger vor**
- 18 Aus der Bundestagsfraktion: Kontroverse Diskussion über Bundeswehreinsatz**
- 20 Gastbeitrag eines Bremer Wahrzeichens**
- 21 Überblick aller bisher erschienenen Newsletter**

IMPRESSUM

Redaktion: Sabine Bomeier, Florian Grams, Barbara Klaus, Rudolf Kossolapow, Martin Mandel

Layout: Rudolf Kossolapow

Anschrift: WK-Büro Agnes Alpers, Doventorstr 2, 28195 Bremen ,Tel. 0421 - 16 53 974, Fax 0421 - 17 83 980

E-Mail: agnes.alpers@wk.bundestag.de

Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Wir verpflichten uns nicht, jeden eingesandten Text zu veröffentlichen und behalten uns Kürzung und Bearbeitung der eingesandten Manuskripte vor.

Sämtliche Texte und Bilder in diesem Newsletter dürfen - auch auszugsweise - ohne ausdrückliche Genehmigung der Urheber in keiner Form (zum Beispiel Druck, Fotokopie, digitale oder elektronische Vervielfältigung) in anderen Medien verwendet werden.

Der Newsletter darf aber ohne Genehmigung zu ausschließlich nicht-kommerziellen Zwecken gerne weitergeleitet und verbreitet werden.

Herausgeber: Wahlkreisbüro Agnes Alpers, Bremen, V.i.S.d.P: Sabine Bomeier

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Kalter Krieg, neue Weltordnung – und was jetzt?

Im Mai 2014 berichteten europäische Medien über die Rede Barack Obamas vor Kadetten der West Point Academy unter der Überschrift: „USA wollen nicht mehr Weltpolizei sein.“ Tatsächlich war die „Weltpolizist“-Äußerung bereits früher gefallen, und zwar bei einer Gelegenheit, die keinen Zweifel an ihrer programmatischen Bedeutung ließ: Bei der Fernsehansprache Obamas am 10. September 2013, unmittelbar vor dem Jahrestag von „9/11“, also dem Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001.



© Michael Hirschka / pixelio.de

„Amerika ist nicht der Weltpolizist. Schreckliche Dinge geschehen überall auf der Welt, und es liegt jenseits unserer Möglichkeiten, alle Übel zu kurieren“, hatte der US-Präsident der Nation verkündet. Damals setzte er noch abschwächend hinzu: „Aber wenn wir, mit begrenzter Wirkung und Risiko, verhindern können, dass Kinder vergast werden, und dabei langfristig auch die Sicherheit unserer eigenen Kinder stärken, dann, denke ich, sollten wir handeln.“ Es ging um Syrien und die Frage, ob die USA militärisch eingreifen sollten. Obama reagierte auf die Äußerungen

von Hans Blix, ehemaliger UN-Waffeninspekteur im Irak, der die US-Regierung im Juni 2013 öffentlich vor einem Militäreinsatz gegen Syrien gewarnt hatte mit den Worten: „Die USA sind nicht die Weltpolizei.“

Letztlich aber folgte die Obama-Regierung 2013 der Linie, nicht in Syrien einzugreifen. Und in der Rede vom Mai 2014 führte Obama diese strategische Neuausrichtung, die in den USA auch als „Obama-Doktrin“ gehandelt wird, weiter aus:

„Militärisches Eingreifen kann nicht der einzige – nicht einmal der primäre – Bestandteil unserer Führungsrolle sein (...) Nur weil wir den besten Hammer haben, heißt das nicht, dass jedes Problem ein Nagel ist (...) Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist nicht ob Amerika führt, sondern wie es führt. Das Ziel dabei darf nicht nur unser eigener Frieden und Wohlstand sein, sondern die Ausbreitung von Frieden und Wohlstand überall auf der Welt.“

Hillary Clinton hatte es prosaischer ausgedrückt. Die Politik der Weltpolizei könnten die USA sich nicht beliebig weiter leisten, hatte sie bereits 2010 zu bedenken gegeben. „Wir können dieses Niveau von Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung nicht aufrechterhalten, ohne langfristig unseren Einfluss zu verlieren.“

Ökonomischer Druck ist die eine, öffentliche Meinung die andere Komponente, die seit längerem zu einer Neuausrichtung der US-amerikanischen Interventionspolitik führt. Bei Meinungsumfragen aus dem September letzten Jahres sprach sich eine breite Mehrheit der US-AmerikanerInnen für eine deutlich zurückhaltendere militärische Politik der USA aus.

All das bedeutet nicht weniger, als dass die Phase der „Neuen Weltordnung“ – die Neuordnung der Welt mit militärischen Mitteln unter Führung der USA, wie sie nach 1991 angestrebt wurde – dem Ende zugeht, so wie 1991 die Phase des Kalten Krieges endgültig zu Ende gegangen war. Die Frage ist nur: Wodurch wird sie ersetzt?

In der Tat ist die Bilanz der „Neuen Weltordnung“ einigermaßen desaströs. Im Grunde war sie schon 2001 gescheitert. Was mit dem Terrorangriff an „9/11“ schon damals deutlich wurde, hat sich seither nur deutlicher ausgeprägt: Die militärische „Befriedung“ der ganzen Welt unter US-amerikanischen Vorzeichen führt zu immer neuen, nie endenden Kriegen, die militärisch nicht zu gewinnen sind.

Das gilt für Afghanistan und für den Irak. Es gilt für Pakistan, wo die USA seit 10 Jahren einen unerklärten Drohnen-Krieg führen. Mit den Bürgerkriegen in Syrien, im Jemen, in Ägypten, im Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik (und in immer wieder auftretenden Wellen in Nigeria) haben diese Kriege gemeinsam, dass sie geradezu genährt werden von der Ideologie der Neuen Weltordnung. Es ist die westliche Weltpolizei-Rolle, die radikalen islamistischen Kriegsparteien ihre Basis liefert. Eine militärische Dominanzpolitik, die ökonomisch wenig anzubieten hat, macht diese Konflikte ungewinnbar und jede Exit-Strategie illusorisch.

Nur wenige der größeren aktiven militärischen Konflikte folgen nicht diesem Muster: Die Bürgerkriege im Congo und in Somalia, die andauernde Warlord-Kriege ohne größere ideologische Codierung sind, und der „Drogenkrieg“ in Mexico, der gern vergessen wird, aber mit ca. 50.000 Todesopfern seit 2006 zu den blutigsten der aktiven Kriege gehört. Was sie mit den Kriegen der obigen Gruppe aber gemeinsam haben, ist die enge Verbindung von Dauerkrieg und ökonomischer Perspektivlosigkeit in der Bevölkerung. Der Krieg ist hier Teil einer Gesellschaftsordnung geworden, einer kruden Mischung aus kapitalistischem Weltmarkt und lokaler Refeudalisierung.

Für die Friedensbewegung und für die Linke stellen sich damit neue Herausforderungen. Standen im Kalten Krieg die Risiken der atomaren Aufrüstung im Vordergrund (und die Forderungen nach Abrüstung und politischer Entspannung), in der Phase der „Neuen Weltordnung“ die Kritik am entgrenzten militärischen Interventionismus und seinen ideologischen Pseudo-Legitimationen, so greift dies heute nur noch bedingt. Die USA greifen nicht ein in Syrien, aber das beendet den Krieg auch nicht. Das gleiche lässt sich vermutlich von einem vollständigen Afghanistan-Abzug sagen. In Somalia greift niemand ein, aber es hilft auch nicht.

Das macht die Mobilisierung gegen militärische Auslandseinsätze nicht falsch. Noch ist nicht ganz klar, ob die neue Strategie der militärischen Großmächte: Wir kämpfen nicht, wir lassen kämpfen – ob diese Strategie hält und sich durchsetzt. Auch der Hinweis, dass die Geschäfte der Haupt-Rüstungsexportiere – USA, Russland, Deutschland – viele militärische Konflikte überhaupt erst hochrüsten, bleibt richtig. Dennoch: Die Gefahr besteht, dass das bloße Beschwören der Interventionsgefahren die Kämpfe von gestern kämpft und offene Türen einrennt. Auch Frieden braucht eine Strategie. Sie besteht nicht zuletzt in Arbeit und Land, Sicherheit und der Aussicht auf kleinen Wohlstand für alle Weltregionen. Die Alternative „Frieden oder Barbarei“ ist nicht nur eine politische Forderung. Sie ist eine aktive Systemkonkurrenz. *Christoph Spehr*

Der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann

Von Schlafwandlern ist derzeit die Rede, wenn über die einflussreichen Politiker des Jahres 1914 gesprochen wird. Ihnen wird unterstellt, sie hätten den Abgrund des drohenden Weltkrieges nicht gesehen und seien erst erwacht, als dieser bereits ausgebrochen war. Ein solches Verständnis der damaligen historischen Situation vergisst, dass Kriege nicht von alleine ausbrechen, sondern gemacht werden.



© Kunsthalle Karlsruhe

Der Maler Max Beckmann (1884-1950) fängt in dieser Radierung mit dem Titel „Kriegserklärung“ aus dem Jahre 1914 die Stimmung ein, die zu diesem Anlass in den Arbeitervierteln geherrscht hat.

Diese Einsicht zu verlieren, wiegt schon deshalb besonders schwer, weil sie bereits vor dem ersten Weltkrieg zum Allgemeingut der erstarkenden Arbeiterbewegung und ihrer BündnispartnerInnen gehörte. So etwa im Jahre 1912. Angesichts eines Krieges auf dem Balkan rief die II. Internationale zu einem großen Sozialistenkongress nach Basel, der als Friedenskongress in die Geschichte einging. Die Auftaktkundgebung dieses Kongresses fand im Münster von Basel statt und der dortige Pastor hieß die Anwesenden revolutionären Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten willkommen. In einer Predigt begründete er seine Nähe zu den sozialistischen Positionen: „Wenn man uns einzureden versucht, der Krieg sei eine Wohltat oder eine traurige Notwendigkeit, so antworten wir, der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann.“

Am Ende der Basler Konferenz standen sehr klare Vereinbarungen zwischen den vertretenen sozialistischen Parteien aus 23 Ländern zur Verhinderung und Bekämpfung von Kriegen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter

wurden aufgerufen, sich aktiv gegen jede Form des Nationalismus und des Wettrüstens einzusetzen. Die Parteien wurden verpflichtet, Widerstand gegen jede Politik ihrer Länder zu entwickeln, die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet war. Entsprechend konstatierte das Manifest des Basler Friedenskongresses den Friedenswillen der arbeitenden Bevölkerung und hielt fest: „Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schiessen, zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge.“ Damit war eine Position beschrieben, die fortan in der politischen Linken und in der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle spielen sollte.

Wenige Jahre nach dem Friedenskongress von Basel wurde der dort beschlossene Konsens jedoch aufgekündigt. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges stimmte die SPD am 4. August 1914 im Reichstag für die Bewilligung von Krediten zur Finanzierung des Krieges und verließ damit die gemeinsame Position der Internationale. Gleiches galt für die Gewerkschaften, die – wie die SPD – eine so genannte Burgfriedenpolitik betrieb, die jede Form von Arbeitskämpfen für die Dauer des Krieges ausschloss. Die Sozialdemokratie hatte die Seiten gewechselt: Die internationalistische Organisation – die ihre Bündnispartner, ihre Genossinnen und Genossen in den Arbeitenden aller Länder erblickte – stand nun in einer Front mit den Industriellen, Adligen und Generälen. Insofern gab Kaiser Wilhelm II. einer realen Entwicklung Ausdruck, als er sagte, er kenne nun keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.

Auf diese Weise ist aber wenig mehr beschrieben als die Vorgänge im Parlament und in den Vorstandsetagen der Arbeiterorganisationen. In die Arbeiterviertel nämlich drang die so oft zitierte Kriegsbegeisterung des Sommers 1914 kaum vor. Dort herrschten meist deutliche Ablehnung des Krieges und die Furcht vor dem mit ihm heraufziehenden Elend. Aus diesen Vierteln kam denn auch der wachsende Widerstand, der in den zunehmenden Streikbewegungen der Jahre 1916, 1917 und 1918 zum Ausdruck kam. „Frieden und Brot“ waren die Forderungen, die in Berlin ebenso zu hören waren, wie in Moskau und Petrograd. Sie spielten eine wichtige Rolle sowohl in der russischen Oktoberrevolution als auch in der deutschen Novemberrevolution.



© Rieke / pixelio.de

Soldatenfriedhof für die Gefallenen des I. Weltkrieges

Für Arbeiterinnen und Arbeiter, Lohnabhängige und Arbeitslose ging es nicht um Posten, sondern um die Eroberung und den Erhalt menschenwürdiger Lebensverhältnisse. Aus diesem Grund stellten sich KommunistInnen und SozialistInnen stets gegen jede Form von Krieg, weil er nichts als Leid über die Menschen bringen kann. Dabei bedeutet diese Haltung aber nicht in jedem Fall die strikte Ablehnung eines entschlossenen Vorgehens gegen Kriegstreiber – oder wie Bert Brecht formulierte: „[...] der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen, ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“ Es ist diese Haltung, der sich auch die LINKE verpflichtet fühlt, aus der heraus sie jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr ablehnt und die sie zu einer verlässlichen Partnerin der Friedensbewegung hat werden lassen. *Florian Grams*



Foto: privat

Ekkehard Lentz vom Bremer Friedensforum

Das Bremer Friedensforum

Die Aktivistinnen des Bremer Friedensforums stehen als regelmäßige Mahnwache auf dem Marktplatz, verfassen Appelle an die PolitikerInnen und versuchen stets aufs Neue, das Bewusstsein der Menschen für die Gefahren des Krieges zu schärfen. So auch jetzt während der Krise um die Ukraine.

Es begann vor über 30 Jahren mit dem Kampf gegen die damals drohende Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Deutschland, dem so genannten Nachrüstungsbeschluss der Nato. Über 100 Organisationen schlossen sich zum Bremer Friedensforum zusammen, darunter Kirchengemeinden, Gewerkschaftsgliederungen, Parteien und auch PolitikerInnen. Die Aufgaben sind mit den Jahren nicht weniger geworden, die Kontinuität der Arbeit ist geblieben. Ekkehard Lentz, federführend im Bremer Friedensforum und von Beginn an aktiv, will ein Bewusstsein für die Gefahren des Krieges wecken. Das geht nicht ohne ständiges Engagement, nicht nur in Form von Mahnwachen zu den Gedenktagen der Atombombenabwürfe über Nagasaki und Hiroshima oder den traditionellen Ostermarschen. Immer wieder stehen auch die ganz aktuellen und nicht minder beängstigenden Geschehnisse auf der Tagesordnung bei den regelmäßigen Treffen an jedem ersten Donnerstag im Monat in der Villa Ichon, nahe dem Bremer Theater.

Straff organisiert seien sie nicht, meint Lentz, aber die selbst auferlegte Verpflichtung, sich für den Frieden einzusetzen zu müssen, bringe sie immer wieder zusammen. Das Friedensforum sieht sich selbst als eine Bürgerinitiative „und als Teil der weltweiten Friedensbewegung“, dabei ist sie unabhängig von Parteien und Organisationen, so zu lesen auf der Homepage des Friedensforums.

Bis heute machen die Aktiven der Friedensbewegung sich stark gegen die Wandelung der Bundeswehr in eine weltweit agierende Eingreiftruppe. Angesichts der Krisenherde an vielen Punkten der Erde ein wahrlich wichtiges und umfassendes Anliegen. Da ist zum Beispiel der weiter eskalierende Konflikt in der Ukraine, wo Sanktionen mit Sanktionen beantwortet werden, aber Frieden könne es nur geben, wenn alle Beteiligten in einen Dialog traten und an die „runden Tische“ auch die russische Seite gebeten würde, so die Ansicht des Bremer Friedensforums. „Wenn wir als Putin-Versteher bezeichnet werden, so stört mich das nicht“, sagt Ekkehard Lentz und meint weiter, dass jemanden verstehen nicht heiße, alles in Ordnung zu finden, was dieser täte. Aber einen Frieden in Europa könne es nur mit Russland, nicht gegen Russland geben. Lentz kann sich durchaus vorstellen, dass der Konflikt um die Ukraine sich weiter ausdehnt, die Situation könne sich hochschaufen, wenn es zu weiteren Truppenansammlungen käme, wie von US-Präsident Barack Obama angekündigt. Dieser kündigte Anfang Juni 2014 an, Soldaten nach Polen schicken zu wollen.

Gerade mit Außenminister Frank Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wird eine neue Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt, die auf weitere Auslandseinsätze setzt und darauf beharrt, dass Deutschland sich nicht aus allen militärischen Konflikten heraushalten könne, sondern an der Seite der Bündnispartner stehen müsse. „Das ist eine gefährliche Politik, aber wir sehen es auch als unseren Erfolg an, wenn weite Teile der Bevölkerung dem sehr kritisch gegenüber stehen“, meint Lentz und führt weiter aus: „Da spüren wir auch den Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern, wir bekommen bei unseren Mahnwachen sehr viel positive Resonanz.“



© Sabine Bomeier, Mahnwache des Bremer Friedensforums auf dem Bremer Marktplatz

Diesen Rückhalt spüren sie bei den PolitikerInnen nur vereinzelt, einzig die LINKE steht in Gänze zu einer ernst zu nehmenden Friedenpolitik. „Wir sind deshalb auch froh, mit der LINKEN einen stabilen Partner in der Politik und in den Parlamenten gefunden zu haben“, sagt Lentz.

Das macht sich auch auf lokaler Ebene bemerkbar, zum Beispiel bei der Thematisierung des Rüstungsstandorts Bremen und den Rüstungsexporten über bremische Häfen. Die LINKE und das Bremer Friedensforum machen das immer wieder zum Thema, denn nur, was öffentlich diskutiert wird, kann auch bekämpft werden.

Aber natürlich muss die Friedenbewegung auch Kritik einstecken. Immer wieder werden sie in „die linke Ecke abgeschoben“. „Aber wahrscheinlich ist die Friedenbewegung wohl wirklich eher etwas für Menschen mit einer grundsätzlich kritischeren Haltung gegenüber der Gesellschaft und den politischen Geschehnissen“, meint Lentz, der im Hauptberuf Erzieher ist und sich, wie alle anderen Aktiven auch in der Friedenbewegung ehrenamtlich engagiert. Dessen müde wird er nicht, denn „ich sehe doch immer wieder die Notwendigkeit“, sagt er.

Bei allem Engagement bleiben doch Wünsche offen, so wird Friedenspolitik viel zu oft von anderen politischen Themen abgespalten. „Sozialabbau und Rüstungsausgaben stehen doch in einem engen Verhältnis zueinander“, beklagt Ekkehard Lentz diese Lücke auch in der eigenen Arbeit, aber schließlich ist auch seine Zeit und die seiner MitstreiterInnen begrenzt. *Sabine Bomeier*



Das Bremer Friedensforum arbeitet auf ehrenamtlicher Basis und lebt von Spenden auf das Konto bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, Kontonummer 123268306

**E. Lentz (für das Bremer Friedensforum), www.bremerfriedensforum.de
<http://www.facebook.com/pages/Bremer-Friedensforum/265831246795398>**

Die Hälfte der Seele weint

Faizah und Rasin sind vor neun Monaten aus Syrien nach Deutschland gekommen. Das jesidische Ehepaar hatte Glück, sie durften im Rahmen einer Familienzusammenführung mit ihren vier Kindern einreisen. Froh den Repressalien im Heimatland entkommen zu sein, stellen sich die 36-jährige Frau und der 43-jährige Mann in einem Café in einer großen Stadt im Norden einem Interview, waren aber nicht bereit zu politischen Äußerungen und wollten auch ihre wirklichen Namen nicht genannt wissen. Sie haben Angst, sie könnten damit ihren Verwandten in Syrien schaden. Aber sie berichten über ihre Erlebnisse und Erfahrungen als Flüchtlinge. Als ÜbersetzerInnen stellte sich ein befreundetes Ehepaar zur Verfügung, das ebenfalls unerkannt bleiben möchte.



© Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (IESM) /pixelio.de

Frage: Was haben Sie in Syrien gemacht?

Rasin: Wir waren Landwirte und hatten zudem einen kleinen Laden.

Frage: Warum sind Sie nach Deutschland gekommen?

Rasin: Wir hatten Angst um unsere Kinder. In den letzten zwei Jahren konnten wir diese nur noch unregelmäßig zur Schule schicken. Wenn wir draußen Schüsse gehört haben, dann hatten wir Angst um unsere Kinder. Wir mussten immer befürchten, dass ihnen auf dem Schulweg etwas passieren könnte. Aber wir hatten auch Angst, dass unsere Kinder von Terroristen oder gefühllosen Menschen, welche die Situation in Syrien für solche Zwecke ausnutzen, als Geiseln genommen werden könnten, so etwas ist in der letzten Zeit öfter vorgekommen. Ich habe das selber mit ansehen müssen. Natürlich geht es dabei um Geld, es wird eine utopisch hohe Lösesumme verlangt. Seit drei Jahren gibt es diesen Bürgerkrieg und jeden Tag hatten wir Angst, dass auch unser Sohn entführt wird.

Frage: Wer ist in Gefahr?

Rasin: Diese Gefahr besteht vor allen Dingen für Jesiden und Christen, deshalb wünschen wir uns, dass die Aufnahmefähigkeit auch hier steigt, denn die Zahl der Jesiden und Christen in Syrien wird immer geringer, wir werden ausgerottet.

Faizah: Aber auch die Lebensverhältnisse sind katastrophal. So fällt zum Beispiel ständig der Strom aus. Auch Wasser gab es oft nur eine Stunde am Tag. Wie soll man so zum Beispiel die Wäsche für eine sechsköpfige Familie da waschen?

Frage: Wie sind Sie nach Deutschland gekommen?

Rasin: Die Anträge auf Familienzusammenführung müssen die Verwandten hier in Deutschland stellen. Manchmal dauert die Bearbeitung aber sehr lange. In dieser Wartezeit kann so viel geschehen. Wir sind nach Bewilligung der Anträge in den Libanon gegangen und von dort aus nach Deutschland geflogen

Frage: Was geschieht, wenn der Antrag abgelehnt wird?

Rasin: Dann bleibt nur die Flucht mit einem Schleuser, aber das ist teuer und sehr gefährlich. Eine Gruppe von Frauen und Kindern sind dabei elendig ertrunken, als sie mit ihrer Gruppe in einem Boot einen Fluss überqueren



mussten und angegriffen wurden. Wenn der Schleuser die Flüchtlinge hängen lässt, bleibt nur die Rückkehr nach Syrien, aber das Geld ist dann meist weg. Sobald man sich auf die Flucht begibt, spielt man mit seinem Leben.

Frage: Wie wäre es Ihnen ergangen, wenn Sie in Syrien geblieben wären?

Faizah: Wenn wir in Syrien geblieben wären, hätte sich unsere Situation weiter verschlimmert. Unser ältester Sohn hatte gerade Abitur gemacht aber studieren durfte er nicht. Auch die medizinische Versorgung wird immer schlechter, ebenso die Lebensbedingungen. Viele Menschen müssen gar schon hungern. Auch verschleiern sich viele Frauen, obwohl sie gar keine Muslime sind. Aber nur so fühlen sie sich auf der Straße ausreichend geschützt.

Frage: Leiden Sie unter der Trennung von dem Rest Ihrer Familie?

Faizah: Man vermisst das Zuhause. Ein Teil unserer Familie ist immer noch im Syrien. Schon seit mehreren Wochen gelingt es uns nur sehr selten mit unseren Verwandten zu telefonieren. Das belastet sehr. Wir haben alles zurück gelassen, unsere ganze Existenz. Das schmerzt. Jedes Telefonat mit den Verwandten endet mit Tränen. Es belastet, dass man nie weiß, wie es der Verwandtschaft geht, ob sie noch am Leben sind? Die Angst ist immer da. Einerseits sind wir sehr froh hier zu sein, andererseits weint die Hälfte der Seele um die Daheimgebliebenen.

Frage: Bekommen Sie Hilfe in Ihrem Schmerz?

Rasin: Es gibt hier leider kaum psychologische Hilfe. Wir wissen zumindest von keinem solchen Angebot. Aber da sind die Familie und die anderen Syrer, wir reden viel miteinander.

Frage: Sind Ihre Erwartungen hier in Deutschland erfüllt worden?

Rasin: Ja, unsere Erwartungen sind erfüllt worden. Wir hatten die Hoffnung, dass unsere Kinder hier eine gute und sichere Bildung bekommen und das ist der Fall. Unser Ältester macht jetzt einen Deutschkurs und will dann studieren.

Faizah: Es ist ein so schönes Gefühl, die Kinder einfach so, ohne Sorgen, morgens in die Schule schicken zu können. In Syrien verlieren die Kinder ihre Unbekümmertheit, sie können nicht spielen wie hier, sie werden abgeschottet, aus Angst davor, dass ihnen etwas passieren könnte. Es ist eine verlorene Kindheit.

Frage: Haben Sie Wünsche?

Rasin: Wir wünschen uns, dass auch unsere Verwandten hierher kommen können. Wir wünschen uns, dass wir für immer hier bleiben können und dass die Kinder eine gute Schulbildung erhalten. Und wir wünschen uns natürlich einen sicheren Aufenthaltsstatus. Wir haben im Moment eine Aufenthaltsgenehmigung für zwei Jahre. Und irgendwann würden wir gerne eine größere Wohnung beziehen. Derzeit leben wir mit sechs Personen in zwei Zimmern.

Frage: Wie sehen Sie Ihre Zukunft?

Rasin: Jetzt machen wir erst mal einen Deutschkurs, was danach kommt, wird man sehen.



© Kladu / pixelio.de

Eindeutig Friedenspartei Standpunkte der LINKEN

„Die große Mehrheit in Europa will keinen Krieg und keine Zuspitzung der Kriegsgefahr in Europa. Sie wollte keinen Krieg in Jugoslawien, nicht im Irak und Afghanistan, nicht in der Ukraine.“

Auch und gerade im Konflikt um die Ukraine müssen Gewalt, die Androhung von Gewalt, die Drohung mit einem Dritten Weltkrieg, muss jegliche Kriegsrhetorik unterbleiben. Sonst besteht die Gefahr, dass dem Krieg der Worte der Krieg der Waffen folgt. Abrüstung beginnt verbal. Abrüstung beginnt damit, dass Abstand genommen wird von einseitigen Feindbildern.

Dialog statt Sanktionen, Diplomatie statt Drohungen – das ist der Inhalt der Vorschläge der LINKEN. DIE LINKE steht an der Seite der Friedensbewegung gegen eine weitere Eskalation der Kriegsgefahr in Europa!“ So heißt es in einem Parteitagsbeschluss der LINKEN vom Mai 2014. Gegenstand des Beschlusses war der Umgang mit der aktuellen Situation in der Ukraine, doch zugleich machte es diese Situation notwendig, die friedenspolitischen Grundsätze der Partei zu bekräftigen.

„DIE LINKE gründet ihre internationalistische Politik auf vier Prinzipien: Frieden durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung.“ Dies ist eine Formulierung aus dem Parteiprogramm der LINKEN. Es ist aber auch die Linie an der sich die konkrete Politik der Partei orientiert. Entsprechend fordert der besagte Parteitagsbeschluss die Akteure im Konflikt in der Ukraine unter anderem auf, „[...] auf militärische Drohungen und erst recht auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Auch völkerrechtswidrige territoriale Anschlüsse darf es nicht geben. Der Einsatz der Nationalgarde im Ostteil der Ukraine ist sofort zu stoppen. Die Stationierung von Einheiten der NATO und der Bundeswehr in Nachbarstaaten Russlands ist rückgängig zu machen.“

Der Parteitagsbeschluss stellt deutlich fest: DIE LINKE unterstützt Aktionen der Friedensbewegung und der antifaschistischen Bewegung, die sich gegen die wachsende Kriegsgefahr, die Kriegsvorbereitung, die Eskalationspolitik und das Schüren von Faschismus und Nationalismus richtet. Unser Platz ist dort, wo eine Friedenspartei hingehört: an die Seite derer, die für Frieden und Demokratie einstehen. Wir stehen an der Seite der Vernunft [...].“ Der Wortlaut des Beschlusses kann im Internet nachgelesen werden (<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/berliner-parteitag-2014/beschluesse/auch-fuer-den-ukraine-konflikt-gilt/>) Florian Grams

Wohin steuert die Ukraine?

Führt der gegenwärtige Ukrainekonflikt zu einem Flächenbrand oder ist noch eine Deeskalation möglich? Mit Blick auf die gegenwärtigen Kriegshandlungen in der Ukraine und den darin beinhalteten geostrategischen Folgen, kann niemand mehr die Entwicklung des Konfliktes zu einem gefährlichen Flächenbrand ausschließen. Sollten nach der Sezession der Krim, tatsächliche weitere Gebiete in der Ostukraine folgen und ihre Unabhängigkeit ausrufen, dann ist der Verlust der territorialen Integrität für die Ukraine in seinen derzeitigen Grenzen, nur noch eine Frage der Zeit.

Der jetzigen Entwicklung gingen bekanntlich Monate lange Proteste auf dem Maidanplatz voraus, dem die Auflösung und Flucht der Regierung Janukowitsch folgte.

Je nach politischer Zugehörigkeit, sahen die Einen in den Maidanprotesten den innigen Wunsch der Ukrainer nach mehr Freiheit, Rechtstaatlichkeit und demokratischen Prinzipien verankert, mit der perspektivischen Ausrichtung eines Tages Mitglied in der europäischen Familie zu sein.

Für die Anderen waren bei den Maidanprotesten, vorrangig nationale, faschistische und antirussische Gruppierungen am Werk. Die obendrein in der Gestalt der Swoboda-Partei, in der Übergangsregierung zentrale Funktionen und Ämter übernommen haben (zum Beispiel das Amt des stellvertretenden Regierungschefs, oder den Vorsitz im Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat). Zweifelsohne, die Übergangsregierung in Kiew arrangiert sich mit rechtsnationalen Kräften und beteiligt diese willentlich an der Regierungsverantwortung. Zur Dialogbereitschaft und Deeskalation des Konfliktes wird von der Swoboda-Partei kein konstruktiver Beitrag zu erwarten sein.

Nach der Sezession der Krim und deren Aufnahme in die russische Föderation (21. März 2014) verweisen Kiew und der Westen unisono auf den Bruch des Völkerrechts. Russland wiederum betont, die Angliederung der Krim habe dem legitimen Wunsch der Krimbewohner entsprochen, und dieses sei durch ein klares Referendum bestätigt worden.

Nach dem Abschuss einer Militärmaschine (mit 49 Toten) und den antirussischen Ausschreitungen vor der russischen Botschaft in Kiew, hat sich die Chance auf eine politische Lösung weiter verschlechtert. Dafür treten die Außenminister Russlands und der USA medienwirksam vor die Kameras und fordern permanent die Gegenseite auf, ihren Einfluss geltend zu machen und ihre „stellvertretenden“ Akteure zur Vernunft zu bringen.

In einem mit dem Deutschlandfunk am (10.06.2014) geführten Interview skizziert Gregor Gysi¹ die Position der LINKEN in der Ukrainefrage, und wie ein von Vernunft geleiteter Weg, zur Deeskalation des Konfliktes beitragen kann:

1. Es muss alles unternommen werden, um die Voraussetzungen zur Deeskalation zu schaffen. Das bedeutet ein sofortiger Waffenstillstand und Einstellung aller kriegerischen Handlungen.
2. Die Regierung in Kiew stoppt die Anti-Terror-Aktionen in der Ostukraine und Russland stoppt die Unterstützung und Bewaffnung der aufständischen Kräfte.
3. Alle am Konflikt beteiligten Parteien (einschließlich Russland, USA und die EU) nehmen Gespräche und Verhandlungen auf. Dialog statt der Androhungen weiterer Wirtschaftssanktionen.
4. Keine Nato-Osterweiterung durch die Mitgliedschaft der Ukraine.

¹ Deutschlandfunk: Im Wortlaut, Wir brauchen Deeskalation, Interview m. G. Gysi, v. 10.06.2014

Es bleibt zu hoffen, dass bei allen beteiligten Gruppierungen die Vernunft obsiegt, denn die weitere Auseinandersetzung mit kriegerischen Mitteln hat am Ende womöglich auch die Teilung der erst 1991 unabhängig und souverän gewordenen Ukraine zur Folge. Mit weitreichenden Autonomiezugeständnissen für die Bevölkerung in den russischsprachigen Regionen, könnte Kiew die territoriale Integrität des Landes vermutlich am ehesten bewahren.

Einige Historiker, wie Jochen Hellbeck,² verweisen darauf, dass der Spaltung des Landes kein ethnisches oder sprachliches Problem zugrunde liegt, sondern dass sie auf sehr gegensätzliche Erfahrungen und Erinnerungen an den II. Weltkrieg zurückzuführen ist.

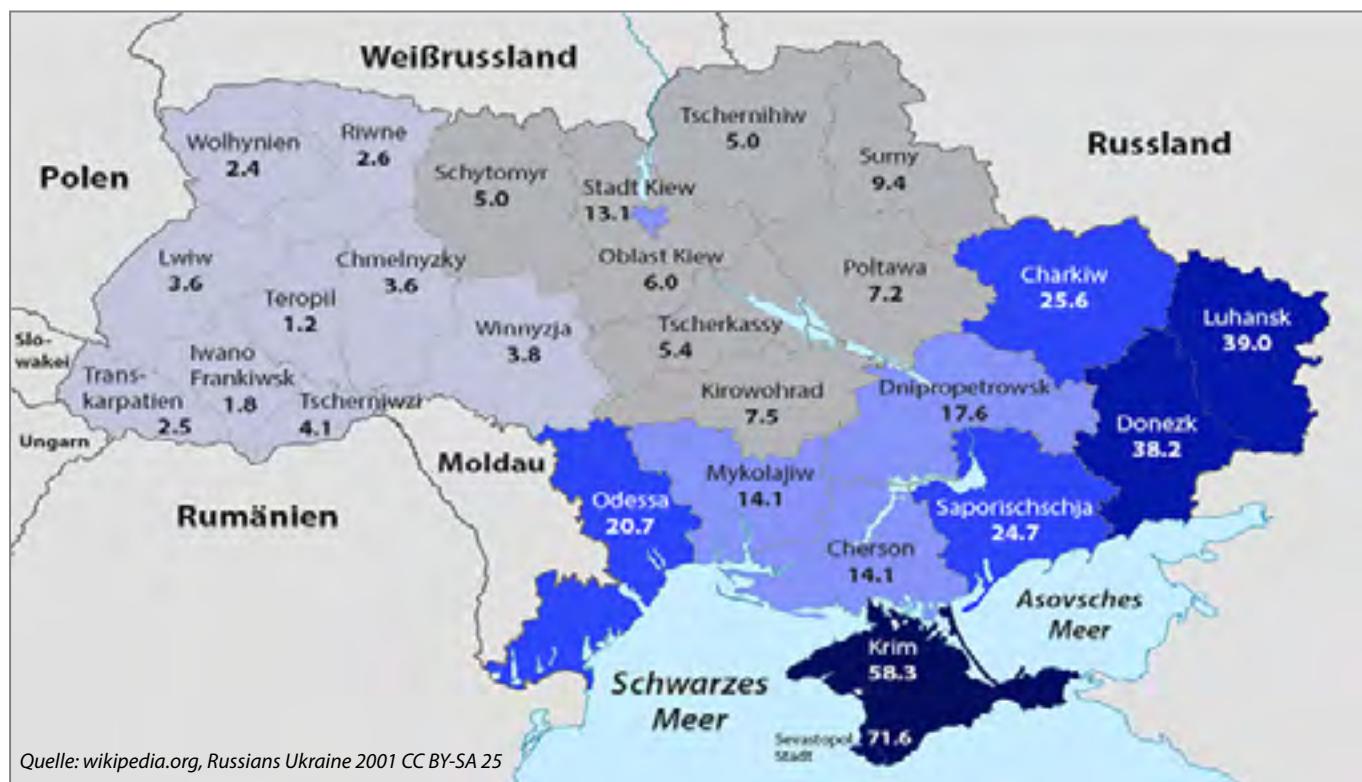
“Der Osten der Ukraine gehörte zum russischen Imperium und zur Sowjetunion”,³ darum wird nachvollziehbar, weshalb das Andenken an Lenin und Stalin dort immer noch evident und in Form zahlreicher Denkmäler sichtbar ist. Die Westukraine (insbesondere die Region um Lemberg, die 1939 mit dem Hitler-Stalin-Pakt der sowjetischen Ukraine zugeschlagen wurde) ist ...“die Hochburg des ukrainischen Nationalgefühls”. Hinzu kommt, dass ca. 300.000 Ukrainer (in der UPA) zum Teil an der Seite der deutschen Besatzer gegen die Sowjets gekämpft haben. Damit haben die Ukrainer sowohl am „Großen Vaterländischen Krieg“ als auch am Vernichtungskrieg der Nazis teilgenommen, sich gegenseitig bekämpft und getötet. „Dem entsprechend feindselig stehen viele Menschen dort (Westukraine) noch heute Russland gegenüber“⁴. In der bislang von den Ukrainern nicht aufgearbeitete Vergangenheit sehen Historiker eine Ursächlichkeit für die innere Zerrissenheit des Landes. *Rudolf Kossolapow*

² Jochen Hellbeck, Jahrgang 1966, ist Geschichtsdozent an der Rutgers University in New Jersey

³ Spiegel Online: Russische Geostrategie: Der Kreml denkt imperial, Benjamin Bidder im Interview mit Jochen Hellbeck, 14.06.2014

⁴ ebenda

Anteile der russisch stämmigen Bevölkerung in den Regionen der Ukraine (Erhebung 2001)



© olga meier-sander / pixelio.de

Die Bremischen Häfen – Drehscheibe für Waffenexporte in alle Welt



© Günter Havlena / pixelio.de

Die Häfen in Bremen und Bremerhaven sind die zweitgrößten der Republik. 2013 wurden 5,8 Millionen Standardcontainer und über 2 Millionen Fahrzeuge verschifft. Die landeseigene Betreiberfirma bremenports machte im vergangenen Geschäftsjahr einen Umsatz von 25 Millionen Euro. Seit 2011 wurden 2.500 Container mit insgesamt 39.000 Tonnen Gefahrgütern aus dem Bereich Munition, Sprengstoff und Waffen umgeschlagen. Den Hauptanteil an diesen Gütern machen Patronen für Gewehre und Pistolen aus. In Bremen selbst gibt es keine Munitionsfabriken. Die ansässigen exportorientierten Rüstungsfirmen produzieren Kriegsschiffe, Drohnen, Torpedos und Militärflugzeuge sowie Hightech-Rüstungselektronik aller Art.

53 Tonnen Munition – jeden Tag. So lautet zusammengefasst die Brutto-Exportbilanz der Bremischen Häfen im Bereich der Gefahrgüter aus dem Waffen- und Rüstungsbereich. Abzüglich des Containergewichtes und der Verpackung werden täglich mindestens zwei bis drei Millionen Schuss Munition für Sturmgewehre, Maschinenpistolen und Kleinwaffen über Bremen exportiert.

Man glaubt es kaum, aber diese Statistik enthält nur einen Teil der in Bremen und Bremerhaven umgeschlagenen Waffen und Rüstungsgüter. Der Senat erfasst keine Zahlen über militärisches Gerät, Panzer, Waffensysteme für Luft- und Seestreitkräfte oder auch ungeladene Gewehre und Kleinwaffen. All diese Waffen fallen (unmunitioniert) nicht unter das Gefahrgüterrecht und ihr Umschlag muss nicht in den Systemen des Bremer Hafenamtes dokumentiert werden. Gleichwohl ist klar, dass Bremen als exponierte Rüstungshochburg mit den weltweit agierenden Firmen Rheinmetall Defence, Atlas Elektronik und OHB und als Logistikstandort für den Export eine herausragende Bedeutung für den deutschen Waffenhandel einnimmt. Klar ist auch, dass die hier hergestellten und umgeschlagenen Waffen in Staaten wie Qatar oder Saudi-Arabien exportiert werden, in denen Menschenrechte nicht einmal auf dem Papier existieren. Und niemand kann garantieren, dass die Waffen über Saudi-Arabien nicht etwa an Terrorgruppen wie aktuell die ISIS im Irak oder Syrien weitergegeben werden.

DIE LINKE setzt sich deshalb im Bundestag und in der Bremischen Bürgerschaft für ein Verbot von Rüstungsexporten ein. Auch in Bremen gibt es dafür politische Spielräume: Die Häfen sind im öffentlichen Besitz, ein Landesgesetz regelt den Umschlag von Gütern. So wurde 2011 auf Druck der LINKEN der Transport von Kernbrennstoffen über die Bremischen Häfen verboten. Der Staatsgerichtshof, das Verfassungsgericht Bremens, hat festgestellt, dass dieses Umschlagsverbot möglich und somit

gültig ist. Die Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft will nun das Umschlagsverbot auch auf Waffen und Munition ausweiten.

Wir haben gute Argumente: Im Hafengesetz ist das Ziel der „auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Gesamtwirtschaft“ festgelegt. Die Bremische Landesverfassung bekennt sich in Paragraph 65 ausdrücklich zu „Frieden und Völkerverständigung“ und zur „friedliche[n] Entwicklung der Welt“. Diese Ziele sind mit globalem Waffenhandel in Milliardenhöhe unvereinbar. Waffen bringen immer Tod, Verwüstung und Umweltzerstörung.

Den entsprechenden Bürgerschaftsantrag „Bremische Häfen abrüsten: Waffen- und Munitionsumschlag landesrechtlich verhindern“ lehnten SPD und Grüne im Mai 2014 ab. Der SPD-Abgeordnete Oppermann sagte in der Debatte wörtlich: „Es soll alles so bleiben, wie es ist“. Der Grüne Willmann erklärte, dass seine Fraktion „keine weitere Verschärfung im Hafenbetriebsgesetz vornehmen“ will. Klaus-Rainer Rupp, hafenpolitischer Sprecher der Bremer Linksfraktion, forderte hingegen ein entschlossenes Signal gegen Waffenexporte. Die Bürgerschaft müsse sich dafür einsetzen, dass der Satz „Deutsche Waffen, Deutsches Geld/morden mit in aller Welt“ endlich nicht mehr wahr ist. *Christoph Höhl*



Am 30.07.2014 1 um 18.00 Uhr

Doventorstr. 4, WK-Büro Agnes Alpers

Buchvorstellung „Basiswissen Pariser Kommune“

1871 herrschte Krieg zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich. Deutsche Truppen standen vor Paris und die französische Regierung musste Arbeiter und Arbeitslose in die Nationalgarde einreihen. Dies veränderte das Antlitz des Militärs in der Stadt, denn die Bataillone wählten ihre Offiziere. Die Regierung flüchtete nun nach Versailles und verhandelte um Frieden. Die Bürger von Paris nahmen die Verwaltung ihrer Stadt selbst in die Hand. So begann, was als Pariser Kommune in die Geschichte einging. Es entwickelten sich Grundzüge eines sozialistischen Gemeinwesens, das fast vollständig auf Repression verzichtete, um sich auch in der Wahl der Mittel vom Gegner zu unterscheiden. Nach nur 72 Tagen erstickten deutsche und französische Truppen die Pariser Kommune im Blut. Vor dem historischen Hintergrund diskutiert Florian Grams auch ihre Bedeutung für heute. Im Abgeordnetenbüro von Agnes Alpers stellt der Autor sein Buch vor und steht zur Diskussion zur Verfügung.

Zur Buchvorstellung laden wir herzlich ein.



Aus dem Wahlkreis

Bremer Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft

Die Abfallversorgung Bremens soll ab 2018 wieder unter die kommunale Obhut (Rekommunalisierung) fallen. Um die Haushaltsslage Bremens zu verbessern, hatte die Stadt in den 90er Jahren ihre Abfallentsorgung, für eine Laufzeit von 20 Jahren, an die private Entsorgungsfirma Nehlsen abgegeben.

Der damalige Verkaufserlös wird mit 170 Millionen Mark beziffert. Wie sich herausstellt, hat die private Entsorgungsfirma im Bereich der gesellschaftlichen Daseinsfürsorge über die Jahre durchaus stattliche Gewinne erzielen können, sträubt sich aber, ihre aus den Gebühren erzielten Gewinnmargen vollständig offenzulegen. Der Vertrag mit dem privaten Entsorger läuft 2018 aus.

Damit der Bremer Senat das Anliegen „Müllabfuhr zurück in Bürgerhand“ nicht verschleppt oder nur halbherzig verfolgt, hat ver.di mit Unterstützung des DGBs und der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE ein Volksbegehren gestartet. Sollte das Volksbegehren (im ersten Schritt sind dafür 6.000 Unterschriften der wahlberechtigten Bürger Bremens notwendig) erfolgreich verlaufen, woran die Initiatoren nicht zweifeln, dann wird die Abfallwirtschaft Bremens ab 2018 nicht an eine behördliche Verwaltungsstruktur angesiedelt, sondern von einer Anstalt des öffentlichen Rechts wahrgenommen.

Diese darf im Gegensatz zur privatwirtschaftlichen Abfallwirtschaft keine privaten Profite generieren, sondern sie muss den erwirtschafteten Überschuss zweckgebunden, z.B. in die Senkung der kommunalen Müllgebühren, zurückführen.

Klaus-Rainer Rupp, umweltpolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, sieht in der Rekommunalisierung weitere Vorteile und gute Gründe die dafür sprechen.

Das Parlament und der Bremer Senat bekämen einen größeren umweltpolitischen Spielraum, die Beschäftigten tariflich festgelegte Löhne (anstelle von Lohndumping) und die Bürger könnten ein transparentes und kosten-günstigeres Gebührensystem erwarten. Zudem belegt ein wissenschaftliches Gutachten, dass die Rückführung der Abfallwirtschaft, den Bremer Haushalt nicht zusätzlich belastet, sondern durchaus möglich und erstrebenswert ist.

Natürlich gibt es auch Widerstand. Für die Gegner der Rekommunalisierung liegen diese Vorteile keineswegs auf der Hand. Sie argumentieren, dass alleine die Rückkaufsumme (von 50 Millionen Euro ist die Rede) auf die Gesamtkosten hinzukomme und am Ende vom Verbraucher bezahlt werden muss.

Darüber hinaus verfüge die neue Anstalt des öffentlichen Rechts nicht über das Know-How und in der Abfallwirtschaft notwendigen Strukturen. Aus ihrer Sicht waren die Bremer Müllgebühren in den vergangenen 17 Jahren moderat und stabil. Mit der Rekommunalisierung sehen sie am Ende drastische Mehrkosten auf die Bürger und Bürgerinnen Bremens zukommen.

Die Grünen in der Bremer Bürgerschaft wollen vorab die finanziellen Fragen geklärt wissen und sprechen sich tendenziell für eine größere kommunale Einflussnahme auf die private Abfallentsorgung aus. *R. Kossolapow*



Ludwig Quidde

*geboren am 23. März 1858 in Bremen,
gestorben am 5. März 1941 im Genfer Exil*

**100 Jahre Erster Weltkrieg: LINKE beantragt
Aberkennung der Ehrenbürgerwürde Paul von
Hindenburgs und schlägt Ludwig Quidde für den
Ehrenbürger-Titel vor.**

Anlässlich des diesjährigen Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren fordert die Fraktion DIE LINKE mit einem Bürgerschaftsantrag, dass Paul von Hindenburg die 1917 verliehene Ehrenbürgerwürde der Stadt Bremen aberkannt wird. Mit einem weiteren Antrag empfiehlt die Linksfraktion, den 1858 in Bremen geborenen Historiker, Philosophen und Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde mit der Ehrenbürgerschaft zu würdigen.

Hindenburg beförderte als Mitglied der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg u.a. die Eröffnung des U-Boot-Krieges und wirkte als Gegner internationaler Friedensverhandlungen. Als Vertreter der revisionistischen Dolchstoßlegende diffamierte er ArbeiterInnen und JüdInnen, an seinen Militarismus und Nationalchauvinismus konnten die Nazis später nahtlos anschließen. Bei der Wahl zum Reichspräsidenten 1925 wurde er von nationalistischen und monarchistischen Kräften der Rechten unterstützt; Hitler rief im zweiten Wahlgang zur Wahl Hindenburgs auf. Hindenburg bereitete der Errichtung des faschistischen NS-Regimes den Weg, indem er parlamentarische Befugnisse zum Reichspräsidialamt verschob. Am 30. Januar 1933 ernannte er Hitler zum Reichskanzler. Anschließend erließ Hindenburg verschiedene Notstandsverordnungen, die die Grundrechte aufhoben und exekutive Befugnisse an die NSDAP übertrugen.

Für Kristina Vogt, Vorsitzende der Linksfraktion, ist schwer nachvollziehbar, warum Hindenburg nicht schon aus dem Register der EhrenbürgerInnen der Freien und Hansestadt Bremen gestrichen wurde: „Viele Städte wie Gelsenkirchen und München, haben diesen notwendigen geschichtspolitischen Akt gleich nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführt, andere Kommunen wie Köln, Stuttgart und Kiel, zogen Jahrzehnte später nach. Paul von Hindenburg ist als Antidemokrat, NS-Wegbereiter und Militarist in die Geschichte eingegangen. Deswegen beantragen wir zur Juli-Sitzung der Stadtbürgerschaft, dass ihm offiziell und öffentlichkeitswirksam die Ehrenbürgerwürde Bremens aberkannt wird.“

Ludwig Quidde hatte sich bereits Ende des 19. Jahrhunderts gegen Antisemitismus, Militarismus und die monarchistische Herrschaft seiner Zeit gestellt. Während des Ersten Weltkriegs nahm er an internationalen Friedensgesprächen teil. Für sein Wirken erhielt Quidde 1927 den Friedensnobelpreis. Nach seiner Emigration in die Schweiz kämpfte er an der Seite des antifaschistischen Widerstands gegen die Nazis. 1941 verstarb er an einer Lungenentzündung. Kristina Vogt: „In Bremen erinnert nur wenig an Ludwig Quidde. Eine kleine Straße in Hastedt trägt seinen Namen. Wir denken, dass Bremen ihn wenigstens jetzt mit einem Ehrenbürger-Titel auszeichnen und seine friedenspolitische Rolle stärker betonen soll.“

Pressemitteilung DIE LINKE. Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft vom 26.06.2014

Wenn Sie mehr über die Biografie und das Wirken von Ludwig Quidde erfahren möchten, hier der Link zur Ludwig Quidde Stiftung in Osnabrück: <http://www.ludwig-quidde-stiftung.de/index.htm>



Aus der Bundestagfraktion Frieden stiften ja - aber wie?

Kontroverse Diskussion über Bundeswehreinsatz zum militärischen Begleitschutz

Am 9. April 2014 stimmten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages über einen weiteren Einsatz der Bundeswehr im Ausland ab. Der Auftrag diesmal: Die deutschen Streitkräfte sollen sich am „maritimen Begleitschutz bei der Hydrolyse syrischer Chemiewaffen¹ an Bord der Cape Ray im Rahmen der gemeinsamen VN/OVCW-Mission zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen“ beteiligen.



© Carsten Karslhaus/pixelio.de

Die Abstimmung verlief eindeutig: 535 Abgeordnete votierten mit Ja, 35 mit Nein und 19 enthielten sich ihrer Stimme (bei 42 nichtabgegebenen Stimmen). Durch dieses Votum beteiligen sich fortan bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Mittelmeer und im Nordatlantik an einer „Begleitschutzoperation“ für das Schiff Cape Ray. Dies beinhaltet u.a. die Kontrolle des Seeverkehrs und die Luftraumüberwachung. An Bord der Cape Ray sollen chemische Waffen, die sich im Besitz des syrischen Staates befinden, kampfunfähig gemacht bzw. neutralisiert werden. Durch den Einsatz von Chemiewaffen in den Vororten von Damaskus starben im August 2013 schätzungsweise 1400 Menschen.

Der deutsche Beitrag zum Einsatz, der längstens bis zum 31. Dezember 2014 andauern soll, erfolgt auf der Grundlage einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN). Mit dieser Resolution werden die Mitgliedstaaten aufgerufen, sich an gemeinsamen Missionen der VN und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) zu beteiligen. Diesem Aufruf kommt die Bundesrepublik Deutschland nun durch das Votum im Bundestag nach. Zur Begründung heißt es im Antrag der Bundesregierung: „Deutschland hat ein starkes Interesse daran, dass Abtransport und Vernichtung der syrischen C-Kampfstoffe durch Hydrolyse erfolgreich und einem sicheren und störungsfreien Umfeld verlaufen können und das wir uns solidarisch mit der internationalen Gemeinschaft verhalten“.²

Für DIE LINKE. war die Abstimmung über den Bundeswehreinsatz alles andere als ein Selbstläufer. Vorausgegangen war eine kontroverse Diskussion innerhalb der Fraktion, bei der weder die Vernichtung syrischer Chemiewaffen noch der Schutz für die daran beteiligten Akteure strittig war. Vielmehr wurde die Frage aufgeworfen, warum sich die Bundeswehr an dieser Operation beteiligen müsse. Und diese Frage wurde unterschiedlich beantwortet.

Insgesamt 35 Genossinnen und Genossen stimmten gegen den Antrag der Bundesregierung und damit gegen die Entsendung deutscher Soldaten zum Schutz der Cape Ray. Mit ihrem ablehnenden Votum warnen sie vor den Risiken, die sich durch den Einsatz eines deutschen Marineschiffes ergeben und richten sich gegen eine zunehmende Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Sie betonen stattdessen den Wunsch, „dass der zivile Beitrag Deutschlands zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen ausgeweitet wird“.³ Diesen Wunsch teilen alle Mitglieder der Fraktion, die sich stets konsequent für Abrüstung und gegen die Entsendung deutscher Soldaten aussprechen. Nun führte die Verknüpfung von Abrüstung und Auslandseinsätzen der Bundeswehr (zum Schutz der Abrüstung) zu einem differenzierten Abstimmungsverhalten.

18 Genossinnen und Genossen enthielten sich und begründeten ihre Entscheidung damit, dass sie konkreten Abrüstungsmaßnahmen zustimmen, eine militärische Zuspitzung jedoch nicht unterstützen werden. Und fünf Fraktionsmitglieder stimmten schließlich für den Einsatz, darunter Stefan Liebich. Er hält „den Schutz der Zerstörung von Massenvernichtungswaffen für den besten Auftrag, den eine Armee erfüllen kann“.⁴

Martin Mandel

Quellen:

1 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/009/1800984.pdf>

2 <http://www.linksfraktion.de/reden/nein-deutschen-marineeinsatz-mittelmeer/>

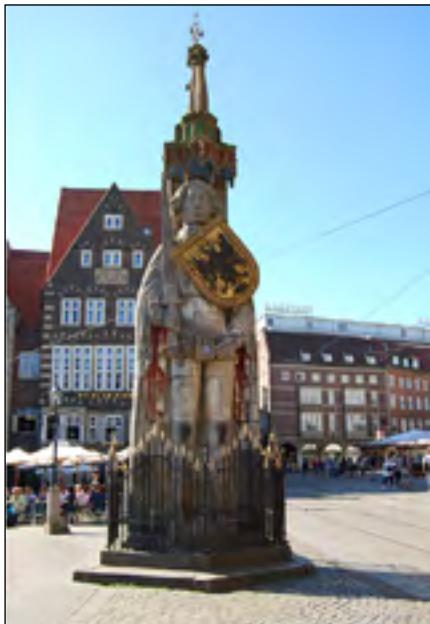
3 <http://www.linksfraktion.de/reden/erklaerung-abgeordneten-petra-pau-parag-31/>

4 <http://www.linksfraktion.de/reden/waffenexporte-stoppen-chemiewaffen-vernichten/>

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/929648.giftgas-vernichtung-35-stimmen-gegen-bundeswehr-mandat.html>



Gastbeitrag eines Bremer Wahrzeichens



© Sabine Bomeier

Ein Roland will nie wieder Krieg

Seit über 600 Jahren stehe ich, der Roland von Bremen, nun auf dem Marktplatz dieser Hansestadt. So allerlei musste ich erleben in all diesen Jahren. Zunächst war ich ein Symbol für Recht und Freiheit, inzwischen bin ich eine der ältesten und größten und laut den UNESCO-Experten die repräsentativste und schönste der Statuen von uns Roländern.

Ich beobachte gerne die Menschen auf dem Marktplatz. Gleich da vorne ist wieder eine Mahnwache für den Frieden zu sehen. So etwas gab es früher leider nicht. Da sind die Menschen oft jubelnd in den Krieg gezogen. Das bittere Ende kam dann hinterher. So erinnere ich mich zum Beispiel noch an den dreißigjährigen Krieg, Anfang bis Mitte des 17. Jahrhunderts. Damals hatten die Bremer noch keine Truppen bereitgestellt. Das taten sie dann später aber um so williger.

Für den ersten Weltkrieg wurde eine hölzerne Nachbildung von mir zwischen 1915 und 1918 in die Nähe des Rathauses gestellt und wer wollte, der durfte gegen eine Spende für ein Bremer Soldatenheim einen Nagel in meinen Zwilling schlagen. Das Soldatenheim wäre ja gar nicht nötig gewesen, wenn es diesen Krieg nicht gegeben hätte, schon 1914 musste das Bremer Regiment starke Verluste hinnehmen und Verwundete versorgen. Grauenvolle Bilder habe ich da gesehen.

Wie habe ich mich gefreut und ernsthaft an eine Verbesserung der Verhältnisse geglaubt, als die Bremer Räterepublik infolge der Novemberrevolution 1919 ausgerufen wurde. Ein Arbeiter- und Soldatenrat wollte die Stadt regieren, nur dem Wähler verpflichtet. Demokratisch und friedlich sollte es fortan zugehen. Aber schon im darauf folgenden Februar wurde die Räterepublik niedergeschlagen. Es war wieder nix mit dem Frieden, im Gegenteil es sollte noch viel schlimmer kommen.

1939 begann der Zweite Weltkrieg. Mich haben sie in eine mit Sand gefüllte Holzverschalung und wenig später in einen gemauerten Splitterschutz gepackt. Geschützt vor Bomben war ich nun, aber auch elendig eingesperrt. Irgendeiner muss mir zu dieser Zeit in mein Inneres eine Kassette mit Nazipropaganda gelegt haben. Als das 1989 entdeckt wurde, habe ich mich so geschämt.

Überhaupt dieser Zweite Weltkrieg, in den so viele mit so viel Begeisterung gezogen sind, war doch nur eine einzige Katastrophe. Am Ende lagen über 60 Prozent der Stadt in Trümmern, rund 4000 Bremerinnen und Bremer starben im Bombenhagel. Und von unseren einst fast 1500 jüdischen MitbürgerInnen waren nur noch 250 geblieben, die anderen lagen gefoltert und ermordet in den Konzentrationslagern.

Ich will so etwas nie wieder erleben.

Euer Roland zu Bremen



Überblick aller bisher erschienenen Newsletter



NL 1: Titelthema: 20 Jahre Deutsche Einheit

Foto: peter fenge /pixelio.de



NL 2: Titelthema: Ausverkauf des Sozialstaates - Die Kürzungen beim sogenannten „Sparpaket“ der Bundesregierung. Foto: Kurt F. Domnik, pixelio.de



NL 3: Titelthema: Obdachlosigkeit

Foto: R. Kossolapow



NL 4: Titelthema: Kein Raum für Neonazis in Bremen



NL 5: Titelthema: Das Bildungs- und Teilhabepaket

Foto: günther havlena, pixelio.de



NL 6: Titelthema: Behinderungen im Alltag

Foto: Lars Fischer



NL 7: Weihnachtsausgabe 2011

Foto: kenn z /pixelio.de



NL 8: Titelthema: Alles nur Müll? Die große Lebensmittelverschwendung

Foto: A. Holling



NL 9: Titelthema: Vom Umgang mit Geschichte – Das Kriegsgefangenenlager

in Sandbostel. Foto: Lars Fischer



NL10: Titelthema: Sozial geförderter Wohnungsbau in Bremen

Foto: Valentin Schinkel



NL11: Weihnachtsausgabe 2012: „Mitten unter uns - und doch oft nicht gesehen“

Foto: Thomas Wille



NL12: Titelthema: Altersarmut

Foto: uschi dreiucker /pixelio.de



NL13: Titelthema: Vier Jahre Bundestag – vier Jahre Wahlkreis – ein Versprechen

für die Zukunft. Foto: Rudolf Kossolapow



NL14: Titelthema: Pflege und Pflegenotstand

Foto: R. Schimmel/pixelio.de